

Stellungnahme zur Abstimmung über die Familieninitiative vom 8. März 2015

Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen

Die Hausfrauen- und Hausmännergewerkschaft verzichtet auf eine Parole zum vorgeschlagenen Familienartikel über den am 8. März 2015 abgestimmt wird. Sie macht sich dazu aber einige grundsätzliche Überlegungen.

Das schweizerische Steuersystem ist geprägt von Ausnahmen, Abzügen, Zulagen, Gebühren, Zwangsabgaben und sonstigen Sondersteuern.

Hat man sich einmal durch den Dschungel der verschiedenen Definitionen von Einkommen - Bruttoeinkommen, kaufkraftbereinigtes Einkommen, Residualeinkommen, steuerbares Einkommen, Mindesteinkommen - welche für die Berechnung von Steuern, Zulagen, Subventionen und Sozialleistungen herangezogen werden, durchgekämpft, bleibt es trotzdem schwer nachvollziehbar wer und wieviel von der gigantischen Umverteilung schlussendlich profitiert.

Die verschiedenen Interpretationen von „Mittelstand“ vereinfachen auch nicht unbedingt die Sachlage. Es ist darum verständlich, dass ein gewisser Vorbehalt gegenüber der Initiative besteht.

Tatsache ist, dass die Familienzulagen hauptsächlich von den Arbeitgebern über Lohnprozente finanziert werden. D.h. die Personalkosten werden dadurch erhöht. Faktisch handelt es sich dabei (ähnlich wie bei anderen Sozialabgaben und Zwangsgebühren), wenn auch nicht im steuerrechtlichen Sinn, um eine Art Steuer.

Diese werden an die Ausgleichskasse (AHV) überwiesen und wieder an Lohnempfänger mit Kindern (max. 25jährig) ausbezahlt. Wobei den Unternehmen nebenbei noch zusätzlich, je nach Kanton und Ausgleichskasse, administrative Kosten und sonstige Aufwände für kantonale Ausbildungsbeiträge etc., in Rechnung gestellt werden.

Das Ziel der Familienzulagen war ursprünglich, die Kaufkraft von Arbeitnehmern mit Kindern, mit derer von „Kinderlosen“, auszugleichen.

Die Frage muss somit erlaubt sein ob es Sinn macht solche Zulagen zu verteilen um danach einen Teil sofort wieder einzukassieren, oder ob diese Initiative Vorschub leistet für weitere steuerbefreite Ausnahmen und Sonderberechnungen.

Wen also unterstützt die Familieninitiative?

Die Familieninitiative unterstützt vor allem:

- alle Familien welche aufgrund ihres Einkommens und Zulagen Steuern zahlen.
- Familien welche aufgrund der Zulagen in eine höhere Steuerprogression rutschen.

Von der Annahme der Initiative profitieren die, die es am nötigsten hätten, nicht.

Die Initiative möchte explizit den Mittelstand entlasten. Es ist selbstredend, dass wer keine Steuern bezahlt auch nicht von Steuern entlastet werden kann. Schon heute bezahlt ein Grossteil der Haushalte mit Kinder keine Bundesst Steuern. Auf kantonaler und kommunaler Ebene würden allerdings auch kleinere Einkommen entlastet.

Familien mit wenig oder geringem Einkommen werden mittels ergänzenden Leistungen unterstützt. Gerade letzthin hat eine Studie aufgezeigt¹, dass erwerbstätige Familien mit geringem Einkommen finanziell zum Teil schlechter gestellt sind, als Familien der ganz unteren Einkommensschichten, da diese von ergänzende Leistungen und Subventionen profitieren. Das ist insofern stossend, weil das nicht als fair empfunden wird. Arbeit muss sich lohnen und sollte honoriert werden. Ansonsten wird bewusst riskiert, dass der solidarische Gedanke unserer Gesellschaft in Frage gestellt oder zumindest arg strapaziert wird.

Es profitieren nur die Reichen

Naturgemäss ist „Reich“ die Definition der eigenen Perspektive. Es darf dabei aber nicht vergessen werden, dass sogenannte „Reiche“, Haushalte mit einem überdurchschnittlichen Einkommen, aufgrund der Steuerprogression auch höher belastet werden und richtigerweise auch überproportional ihren Beitrag leisten.

Die Steuerersparnis für eine mittelständische Familie mit durchschnittlichem Einkommen ist prozentual höher als für sogenannte Grossverdiener. 1000 CHF mehr oder weniger sind vor allem für einfachere Verhältnisse ein grosser Unterschied.

Die Steuerausfälle müssen anderswo eingespart oder belastet werden

Die Steuerausfälle werden mit 1 Mrd beziffert. Dies tönt nach viel. Jedoch im Bezug zu den jährlichen Gesamteinnahmen ist dies ein eher kleiner Betrag (Jahr 2012; ca. 200 Mrd).

Man müsste sich zuerst mit der grundsätzlichen Frage auseinandersetzen, welche Leistungen ein Staat seinen Bürgern erbringen sollte. Schlussendlich gilt es zu entscheiden, welche Leistungen notwendig und welche wünschenswert sind.

Studiert man die kommunalen und kantonalen Personalreglemente inklusive deren Nebenleistungen, welche öffentlich eingesehen werden können oder die Reihe von Förderprogrammen, könnte man durchaus zum Schluss kommen, dass ein gewisses Sparpotenzial ohne nennenswerten Leistungsabbau noch vorhanden wäre.

Die Staatsausgaben steigen weiter und es schwierig ist, einmal ausgesprochene Zuwendungen zu hinterfragen. Dies wäre aber vor allem auch in Bezug auf die heutige Wirtschaftslage durchaus vertretbar.

Die Frage bleibt, ob diese Steuerausfälle tatsächlich kompensiert werden müssten.

¹ <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/Die-SP-hat-ein-Problem-mit-dem-Mittelstand--/story/20222504>